

SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/62
31. März 1971

Leonid Breschnjews politischer Bericht

Offener Weg zur Realisierung der deutsch-sowjetischen Verständigung

Seite 1 und 2 / 65 Zeilen

Barzels Verdikt gegen die FDP

Die innere Situation in der Unions-Führungsspitze

Seite 3 / 44 Zeilen

Flugsicherheit hat absoluten Vorrang

Helmut Schmidts Sofortprogramm für den "Starfighter"

Von Klaus Richter SPD-MdB
Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Seite 4 und 5 / 63 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 9153
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 93 87-28
Telex: 888 848/888 847/
885 819 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Leonid Breschnjews politischer Bericht

Offener Weg zur Realisierung der deutsch-sowjetischen Verständigung

Der Rechenschaftsbericht des sowjetischen Parteichefs Leonid Breschnjew auf dem 24. Kongreß der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) weist viele Passagen auf, die allergrößte Beachtung verdienen. Es ist der Bericht des Vertreters einer Weltmacht, die, ihrer Stärke bewußt, für den Frieden dieser Welt auch Weltverantwortung trägt und offensichtlich auch bereit ist, für die Erhaltung des heute so mannigfach gefährdeten Friedens auf ihre Weise mitzuwirken. Diese Mitwirkung ist unerlässlich, wenn unserem Atomzeitalter die Katastrophe eines alles und alle vernichtenden Weltbrandes erspart bleiben soll. Zum Glück denkt keiner von den Mächtigen an kollektiven Selbstmord.

Dazu kommt der fast unerträgliche Druck der Rüstungslasten. Keine Weltmacht kann sich einem ungehemmten Rüstungswettlauf hingeben und gleichzeitig für die ausreichende Wohlfahrt der eigenen Völker und Menschen sorgen. Ebenso wie in den Vereinigten Staaten, dem mächtigen Konkurrenten Moskaus, scheint auch in der Sowjetunion das Bedürfnis und die Notwendigkeit immer stärker empfunden zu werden, die geistigen und materiellen Energien vorrangig für den Ausbau der inneren Ordnung und für den Ausgleich des Lebensstandards nach oben hin einzusetzen. Zum erstenmal soll daher in der sowjetischen Geschichte der innenpolitische Schwerpunkt auf der Stärkung des Konsumsektors liegen. Das ist ein langwieriges Vorhaben, das, damit es realisiert werden kann, den Frieden erfordert und voraussetzt.

Uns Deutsche bewegt natürlich in erster Linie die in dem Breschnjew-Bericht das deutsche Problem berührende Stelle. Im Vergleich zu früheren Parteikongressen ist ein bemerkenswerter Wandel in der sowjetischen Auffassung über die Bundesrepublik festzustellen. Viele Jahre lang galt die Bundesrepublik Deutschland als Buhmann, als Herd von Revanchisten und Kriegstreibern, als Unruhestifter, den man für alles mögliche und unmögliche verantwortlich machte. Diesmal fehlen solche unbegründeten Ankla-

gen. Dies ist gewiß mit der Niederschlag des deutsch-sowjetischen Vertrages vom 12. August 1970, der die Atmosphäre veränderte und den Beginn eines neuen Anfangs in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion setzte. Diese Beziehungen - wie auch die mit Polen - befinden sich im Prozeß der Normalisierung. Aufatmend hat dies die Welt registriert, vor allem auch unsere westlichen Verbündeten.

Ein gewisses Unbehagen, mit dem Unterton des Bedauerns, sprach aus Breschnjews Bericht über den bisher noch nicht erfolgten Ratifizierungsvorgang. Er sprach sogar von einem möglichen Vertrauensbruch, der für ganz Europa nachteilige Folgen haben könnte und die eingeleitete Entspannung gefährden würde. Gleichzeitig aber betonte Breschnjew auch die Bereitschaft, die sich aus dem deutsch-sowjetischen Vertrag ergebenden Verpflichtungen zu erfüllen. In diesem Zusammenhang taucht natürlich das noch ungerregelte Berlin-Problem auf. Zwischen dem deutsch-sowjetischen Vertrag und einer allseitig zufriedenstellenden Berlin-Regelung besteht zwar kein juristisches Junktim, es läßt sich aber ein politischer Zusammenhang nicht leugnen. Es ist gut, daß zum erstenmal seit Kriegsende zwischen den früheren Kriegsalliierten über Berlin-West sachlich verhandelt und nach einer Regelung gesucht wird, die den Zusammenhalt dieser Stadt mit der Bundesrepublik sichern, ungestörte Zugangswege garantieren und die gewachsenen Bindungen respektieren soll.

Dieses äußerst schwierige und mit vielen Hypotheken belastete Unterfangen im Dienste der Friedenssicherung und eines geregelten Nebeneinanders beider Teile Deutschlands erfordert, soll es gelingen, gute Nerven, Beharrlichkeit und Geduld von allen Seiten. Auch die DDR wird sich einer zufriedenstellenden Berlin-Regelung, will sie nicht als europäischer Störenfried erscheinen, nicht widersetzen können. Kommen die Berlin-Verhandlungen voran, dürfte auch in Sichtweite der Ratifizierungsvorgang eingeleitet werden. Für die von Brandt/Scheel geführte Bundesregierung gehört das Wort Vertrauensbruch nicht zum Sprachschatz.

(ex/ea/31.3.1971/bgy)

+ + +

Barzels Verdikt gegen die FDP

Die innere Situation in der Unions-Führungsspitze

Rainer Barzel ist aus dem Tritt geraten. Der Mann, auf den sich angesichts des rapide schrumpfenden Gesamtstocks an wirklich potenten und insbesondere von allen Unionsflügeln akzeptierten Führungsanwärtern notgedrungen die Hoffnungen der bedrängten Partei mitkonzentrieren, scheint zudem, um das harte Wort der Freien Demokraten aufzugreifen, allmählich auch überfordert zu sein. Denn nur aus dieser prekären seelisch-politischen Situation heraus ist es, wenn schon nicht zu verstehen, so doch wenigstens nachzuempfinden, daß der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende im Bundestag mit ein paar bösen Worten die letzten Fäden zwischen seiner Partei und den Freidemokraten zerschneidet. In einer sogenannten Lagebeurteilung ließ er als Punkt eins die These fraktionsamtlich veröffentlichen, daß "die FDP auf den Kurs totaler Abhängigkeit von der SPD einschwenkt".

Diese Unionspolitiker, denen trotz der für sie so lehrreichen Oppositionsmonate in Bonn doch immer noch die Traumvorstellung von der CDU als der eigentlichen und schicksalsgewollten Staatspartei innewohnt, der zudem die FDP die selbstverständliche Staffage zu bilden hätte, können es offensichtlich nicht begreifen, daß sie einer Schikäre nachrennen. Mag sein, daß Dr. Barzel und seine Freunde dem Irrtum verfallen sind, daß der Übertritt von Leuten wie Mende eine parteipolitische Weltenwende nach sich ziehen würde. Aber die FDP war schon sehr lange nicht mehr die Partei Mendes gewesen. Und Veränderungen zu erkennen und einzukalkulieren, das gehört bekanntlich sowieso nicht zur Stärke der Unionspolitiker. Ihre alternativlose Justamentpolitik im innen- und außenpolitischen Bereich liefert tagtäglich reichliches Anschauungsmaterial für diese Erfahrungstatsache, die auch ein punktuellles Zusammenarbeiten mit ihnen recht schwierig macht.

Mit Rainer Barzels Anti-FDP-Verdikt hat das frustrierte Verhalten der Unionsspitze ihren einstweiligen Höhepunkt erreicht. Läßt man einmal die Wortwahl und Formulierung dieses Bannsatzes außer Ansatz, weil sie zweifellos Produkt einer fortschreitenden Enervierung sind, so bleibt doch das basse Staunen über einen so hanebüchernen Strategiefehler. Dieser Unionspolitiker, den beispielsweise die Berliner CDU bei einer Radikalauslese unter den selbsternannten Bewerbern um Parteivorsitz und Kanzlerkandidatur neben der Verlegenheitslösung Kiesinger als einzigen Trost übrigließ, hat mit seinem Elf-Wörter-Satz jedermann gezeigt, daß die Personalmisere in der Unionsführung tatsächlich bedrohlich geworden ist. Und das muß angesichts der Konsequenzen, die mit einem solchen Faktum verbunden sein könnten, jedenfalls außerhalb der Union berechnigte Unruhe auslösen.

(ee/ee/31.3.1971/bgy)

+ + +

Flugsicherheit hat absoluten Vorrang

Helmut Schmidts Sofortprogramm für den "Starfighter"

Von Klaus Richter SPD-MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Bundeswehr und Öffentlichkeit waren in der letzten Zeit nach dem merklichen Ansteigen der Flugzeugunfälle mit der F-104 "Starfighter" beunruhigt und befürchteten eine Wiederholung der großen Unfall-Serie der Jahre 1965/66. Als Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt und der Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Günther Rall, vor wenigen Tagen dem Verteidigungsausschuß einen Bericht gegeben hatten, kamen die Abgeordneten aller Fraktionen einmütig zu der Ansicht, daß von einer Krise nicht gesprochen werden kann, so bedauerlich die Häufung der Unfälle in den vergangenen Wochen auch war. Der Minister führte in der Verteidigungsdebatte des Bundestages zudem aus, daß die Untersuchungen bisher keine Anhaltspunkte für eine "alleinige oder vorherrschende Ursache" ergeben hätten. Soweit jetzt erkennbar ist, sind die Unfälle durch unterschiedliche Faktoren verursacht worden, wobei freilich der Faktor Mensch - Flugzeugführer und Techniker - gegenüber den vergangenen Jahren in stärkerem Maße beteiligt ist.

Die Behandlung des Problems im Verteidigungsausschuß hat verdeutlicht, daß die erhöhte Belastung von Personal und Material aufgrund des neuen NATO-Konzepts durch geeignete Maßnahmen ausgeglichen werden muß. Mit dem Wandel der NATO-Strategie von der "massiven Vergeltung" zur "flexiblen Antwort" haben die fliegenden Kampfverbände der Bundesluftwaffe eine Doppelrolle übernommen. Auf der einen Seite müssen sie im Rahmen der NATO zur nuklearen Vergeltung als der höchsten Stufe der Abschreckung befähigt bleiben, auf der anderen Seite haben sich für sie neue Aufgaben gestellt: Aufklärung, Kampf gegen andere Luftstreitkräfte in der Luft und am Boden, Abriegelung eines möglichen Gefechtsfeldes aus der Luft als indirekte Unterstützung für die Landstreitkräfte und unmittelbare Unterstützung der Land- und Seestreitkräfte.

Auch wenn man davon ausgeht, daß die Luftwaffe ihren Flugbetrieb nur im Frieden durchzuführen hat, muß man diese "Dual

Capability" üben. Der F-104 "Starfighter" war für diese Aufgaben nicht vorgesehen und ist dafür auch nicht im vollen Umfang geeignet. Erwähnt sei nur seine mangelhafte Gleitflugeigenschaft und seine hohe Anfluggeschwindigkeit. Der Ausfall des einzigen Triebwerks, das haben die Unfälle im Februar und März gezeigt, bedeutet in der Regel den Totalverlust der Maschine. Mit der neuen Belastung traten auch "Ermüdungserscheinungen" des Materials auf, die laufend kontrolliert werden müssen.

Die politische Leitung des Bundesverteidigungsministeriums hat ein Sofortprogramm und ein mittelfristiges Programm veranlaßt. Das Sofortprogramm sieht eine Umstellung des Ausbildungsprogrammes auf ausschließlich auftragsbezogene Einsätze vor, um vor allem auch die Technik zu entlasten. Seit einigen Tagen hat nun die Flugsicherheit absoluten Vorrang vor allen militärischen Leistungsanforderungen. Die daraus sich ergebende Einschränkung in der Erfüllung der vorgeschriebenen Flugprogramme wie auch das sich aus dem verminderten Flugbetrieb folgende Absinken der NATO-Bewertungen werden vorübergehend in Kauf genommen. Bis Ende Mai soll ein Bericht vorliegen, der die Verbesserungen auf dem personellen, organisatorischen und technischen Gebieten einleiten soll. Der Inspekteur der Luftwaffe legt besonderen Wert auf die bereits laufende analytische Dienstpostenbewertung. Aufgrund dieser Analyse werden die Werdegänge der Soldaten funktionsgerecht und überschaubar geordnet. Die Dienstpostenbewertung hat in Zukunft erhebliche Auswirkungen auf die Ausbildung, die sich an zivil vergleichbaren Formen orientieren und mit einem allgemein anerkannten Abschluß enden soll.

Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt hat bei mehreren umfassenden Konferenzen mit den Kommandierenden Generälen, den Divisionskommandeuren und den Geschwader-Kommodoren sofort reagiert. Gewertet werden muß in diesem Zusammenhang auch die am 22. März bekanntgegebene Grundsatzentscheidung für den Ankauf der F4-"Phantom" als Ergänzungsflugzeug. (-/ee/31.3.1971/ks)